

**Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 23. September 2009

1235. Schriftliche Anfrage von Marianne Dubs Früh und Dr. Claudia Nielsen betreffend Auswirkungen der geplanten Erhöhung der CO₂-Abgabe. Am 1. Juli 2009 reichten die Gemeinderätinnen Marianne Dubs Früh (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2009/318, ein:

Das UVEK plant auf Anfang 2010 eine deutliche Erhöhung der CO₂-Abgabe. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kostensteigerung erwartet der Stadtrat infolge dieser Abgabe bei den von der Stadt beheizten und betreuten Gebäuden?
2. Gedenkt der Stadtrat auf die erhöhte CO₂-Abgabe zu reagieren? Was gedenkt die Stadt zu unternehmen, um den jährlichen CO₂-Ausstoss bei den eigenen Gebäuden zu reduzieren (soweit dies nicht bereits in den Ausführungen von Weisung 353 enthalten ist)?
3. Welches finanzielle Sparpotential ergibt sich aus der Sicht des Stadtrates durch den Einsatz CO₂-freier Energieträger?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen

Die CO₂-Abgabe, die in den Jahren 2008 und 2009 Fr. 12.– pro Tonne CO₂ betrug, wird per 1. Januar 2010 auf Fr. 36.– pro Tonne CO₂ angehoben. Dies entspricht in etwa einer Erhöhung der heutigen CO₂-Abgabe von Fr. –.03 auf künftig Fr. –.09 pro Liter Heizöl. Gemessen am aktuellen Heizölpreis von ungefähr Fr. 70.– pro 100 l beträgt der Aufpreis für die erhöhte CO₂-Abgabe knapp 9 Prozent. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der Heizölpreis im Jahr 2008 zwischen Fr. 75.– und Fr. 135.– schwankte. Die Kostensteigerung, die durch die erhöhte CO₂-Abgabe ausgelöst wird, fällt demnach vor dem Hintergrund der üblichen markanten Volatilität des Heizölpreises eher gering aus.

Zu Frage 1: Mit der Erhöhung der CO₂-Abgabe sind die Auswirkungen auf städtischer Ebene unterschiedlich: Bei den Fiskalobjekten ergeben sich keine Auswirkungen für die Stadtkasse, da die erhöhte CO₂-Abgabe auf die Mietenden überwälzt wird.

Eine umfassende Energiebuchhaltung für sämtliche städtischen Bauten existiert derzeit nicht, weshalb für die Verwaltungsvermögensbauten eine Abschätzung vorgenommen werden muss.

Die CO₂-Emissionen für die Wärmeversorgung von städtischen Bauten aus dem Verwaltungsvermögen werden auf rund 40 000 t geschätzt. Mit dem ab 2010 geltenden Ansatz von Fr. 36.– pro Tonne CO₂ ergibt sich somit eine maximale Mehrbelastung der fossilen Energiekosten wegen der CO₂-Abgabe von rund 1,5 Mio. Franken.

Zu Frage 2: Sowohl die diversen politischen Vorstösse, die Bestimmungen zur 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung als auch die stadträtlichen Vorgaben für städtische Bauten (7-Meilen-schritte) haben dasselbe Ziel: Prioritär ist der Energieverbrauch zu vermindern und der Anteil fossiler Brennstoffe für die Wärmeerzeugung ist kontinuierlich zu verkleinern bzw. der Anteil erneuerbarer Energien ist deutlich anzuheben.

Für die 91 Gebäudegruppen mit dem grössten Energieverbrauch (rund 300 Gebäude) hat die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich Sparziele mit dem Kanton vereinbart. Der Verbrauch gegenüber dem Referenzjahr 2006 soll mittelfristig um 15 Prozent gesenkt werden. Im Jahr 2008 wurden gegenüber 2006 dank verschiedener energetischer Massnahmen 5600 t CO₂ und 4,5 Mio. Franken eingespart. Seit Beginn der Betriebsoptimierung konnte der CO₂-Ausstoss somit bereits um 8600 t reduziert werden. Die Energieeinsparungen entsprechen 7,7 Mio. Franken.

Die Immobilien-Bewirtschaftung als Eigentümerversprecherin der Gebäude im städtischen Verwaltungsvermögen prüft bei sämtlichen Bauprojekten, die sich mit dem Ersatz von Energieerzeugungsanlagen beschäftigen, den Einsatz CO₂-freier Energieträger. Allein im laufenden Jahr 2009 wurden in der Schulanlage Kappeli, im Krematorium Nordheim und im Amtshaus Helvetiaplatz CO₂-neutrale Holzpellets-Heizungen eingebaut. Für das Kreisgebäude 3 und das Altersheim Trotte sind Wärmepumpen vorgesehen.

Zu Frage 3: Das Sparpotenzial durch den Einsatz CO₂-freier Energieträger beinhaltet die in Frage 1 ausgeführten Einsparungen durch den Wegfall der CO₂-Abgaben beim Einsatz CO₂-freier Energieträger. Viel bedeutender ist hingegen das Sparpotenzial durch die geringeren Energiekosten aufgrund der Steigerung der Energieeffizienz durch Betriebsoptimierung und Sanierung bestehender Gebäude oder durch den Einsatz energieeffizienter Geräte (vgl. die bei Frage 2 ausgeführte Verminderung der Kosten von 7,7 Mio. Franken durch die bereits durchgeführten Massnahmen).

Die Initialinvestitionen für ökologisch hochstehende Bauten, Sanierungen und Energieerzeugungsanlagen liegen zwar höher als jene für konventionelle Bauten und Anlagen. Aufgrund der geringeren laufenden Energiekosten amortisieren sich die höheren Anfangsinvestitionen jedoch über die gesamte Nutzungsdauer.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy